



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 02.07.2018

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadträtin Lucia Authaler
Stadtrat Rainer Etzinger
Stadträtin Steffi Etzinger
Stadtrat Christoph Funk
Stadträtin Marlene Goeth
Stadträtin Monika Holl
Stadträtin Manuela Hölz
Stadtrat Reinhold Hummler
Stadträtin Elisabeth Jeggle
Stadtrat Dr. Peter Schmid
Stadtrat Peter Schmogro
Stadtrat Johannes Walter
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

entschuldigt:

Stadträtin Gabriele Kübler
Stadtrat Dr. Rudolf Metzger

Stellvertreter/in:

Stadtrat Werner-Lutz Keil
Stadtrat Bruno Mader

Protokollführer:

Florian Achberger, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 02.07.2018

Verwaltung:

Ortsvorsteher Helmuth Aßfalg, Stafflangen
Ortsvorsteher Walter Boscher, Ringschnait
Klaus Buchmann, Kulturamt TOP 5
Irene Emmel, Amt für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung
Wilfried Erne, Hauptamt
Julian Gröschl, Kulturamt TOP 5
Katrin Högerle, Ordnungsamt
Tanja Kloos, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Baubürgermeister Christian Kuhlmann
Margit Leonhardt, Kämmereiamt
Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer
Ortsvorsteher Alexander Wachter, Mettenberg
Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt
Erster Bürgermeister Roland Wersch

Gäste:

Marcus Pfab, Rektor Dollinger Realschule TOP 4

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Antrag des Tierschutzvereins im Landkreis Biberach e. V. auf Erhöhung der Pauschale für die Unterbringung der Fundtiere im Tierheim	2018/110
2.	Fortschreibung Integrationskonzept	2018/120
3.	Kindergartenbedarfsplanung und Kindergartenbericht 2017/18	2018/116
4.	Ganztagesbetreuung an der Dollinger Realschule	2018/096
5.	Anpassung der städtischen Förderung von Bühnenproduktionen von Vereinen und Stiftungen in der Stadthalle rückwirkend zum 01. Januar 2018	2017/216/1
6.	Bekanntgaben und Verschiedenes	
6.1.	Bekanntgaben - Bekanntgabe eines nichtöffentlich gefassten Beschlusses des Hauptausschusses vom 16.04.2018	2018/087
6.2.	Verschiedenes - Grundstück Freiburger Str. 19	

Die Mitglieder wurden am 21.06.2018 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Ratsinfosystem unter www.ris-biberach.de am 22.06.2018 ortsüblich bekannt gegeben.

**TOP 1. Antrag des Tierschutzvereins im Landkreis Biberach e. V. 2018/110
auf Erhöhung der Pauschale für die Unterbringung der Fundtiere
im Tierheim**

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 2018/110 zur Beschlussfassung vor.

Amtsleiterin Leonhardt erklärt, dass der Tierschutzverein Aufgaben übernehme, die eigentlich Pflichtaufgaben der Gemeinde seien. Bis 2011 habe der Verein dies aus eigenen Finanzmitteln bestritten. Aufgrund geringerer Spendeneinnahmen gebe es seit 2011 eine kommunale Kostenbeteiligung in Form einer Einwohnerpauschale, die aber nicht kostendeckend sei. Ab 01.01.2019 soll die Einwohnerpauschale daher auf 1 Euro pro Einwohner angehoben werden.

StR Etzinger berichtet von einem Besuch in Georgien und den dortigen Problemen mit streunenden Hunden. In Biberach gebe es glücklicherweise das Tierheim, das sich um solche Tiere kümmere. Die Erhöhung des Zuschusses sei dringend erforderlich und die CDU-Fraktion hätte sogar einen noch höheren Zuschuss mitgetragen. Besonders wichtig sei seiner Ansicht nach die Kastration und dass sich die Leute die Anschaffung eines Haustieres gut überlegen.

StRin Holl teilt mit, dass sie selbst eine Katze aufgenommen habe. Dabei habe sie nur positive Erfahrungen mit dem Verein gemacht. Die Erhöhung des Zuschusses werde natürlich mitgetragen. Positiv sei auch, dass dem Verein das Gelände umsonst überlassen werde, was den Gesamtbeitrag etwas erhöhe. Dies sei ein guter Beitrag der Stadt. Bemerkenswert sei auch, dass die Nettoeinnahmen aus Veranstaltungen des Vereins mit 53.000 Euro im Jahr 2017 um 20.000 Euro höher ausfielen als der städtische Zuschuss im kommenden Jahr. Der Eigenbeitrag des Vereines könne daher nicht hoch genug angesetzt werden. Abschließend möchte sie gerne wissen, weshalb die Personalkostenzuschüsse sukzessive gesunken seien. Wären diese noch so hoch ausgefallen wie 2015, hätte der Verein 2017 kein Defizit gehabt.

StR Hummler stimmt zu, dass der Verein eine wertvolle Arbeit leiste.

StR Dr. Schmid findet es gut, dass sich mehrere Institutionen an der Finanzierung des Vereins beteiligen.

StR Funk schließt sich dem Dank seiner Vorredner an.

Amtsleiterin Leonhardt erklärt, dass dem Verein das Gelände schon immer unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde. Die Personalkostenzuschüsse seien rückläufig, da diese von den Zuschüssen des Arbeitsamts abhängen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.

TOP 2. Fortschreibung Integrationskonzept

2018/120

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/120 zur Kenntnisnahme vor.

StR Schmogro erklärt, dass vor zehn Jahren der Fokus eher auf den Menschen gelegen habe, die schon etwas länger in Biberach leben. Heute hingegen gehe es vor allem auch um die Integration der Flüchtlinge. Das Konzept selbst beinhalte nichts grundlegend Neues, sondern sei in der Tat eine Fortschreibung. Aus seiner Sicht sei es insbesondere notwendig, Verantwortlichkeiten und Zeitrahmen klar zu definieren. Zudem sollte größeres Augenmerk auf die öffentliche Sicherheit gelegt werden, dies sei heute noch wichtiger als damals. Ihn würde interessieren, wie der Prozess so schnell abgeschlossen werden könne.

StR Keil erinnert an den Ausländerausschuss, den es in den 80er Jahren einmal in Biberach gegeben habe. Schon damals hatte man erkannt, dass eine aktive Integrationsarbeit nötig ist. Dann sei der Ausschuss aufgelöst worden, weil man die Integration nicht als Aufgabe des Gemeinderats, sondern als Aufgabe anderer Organisationen gesehen hat. Wichtig seien heute dauerhafte Strukturen und die Schnittstellen von Schule und Arbeit. Das Thema öffentliche Sicherheit gehe alle an, es sollte aber auch eine Panikmache vermieden werden.

StRin Goeth ergänzt, dass Biberach 2009 eine der ersten Kommunen in Deutschland mit Integrationskonzept war. Die Situation heute berge neue Herausforderungen, aber auch Chancen. Wichtig sei es, dauerhafte Strukturen zu schaffen, daher sei die Fortschreibung des Integrationskonzepts sinnvoll und nötig. Aber die Ziele müssten auch aktiv angegangen werden. Sie würde gern wissen, welches Amt die Federführung für das Integrationskonzept habe und welches Dezernat das Projekt betreue.

StR Dr. Wilhelm möchte wissen, inwieweit der Gemeinderat bezüglich des Integrationskonzepts eingebunden werde.

OB Zeidler stimmt zu, dass es nun darum gehe, das Integrationskonzept mit Leben zu füllen. Der Gemeinderat werde auch im künftigen Prozess mit eingebunden. Das in der Projektbeschreibung genannte Datum von Ende Oktober 2018 sei seiner Ansicht nach nicht realistisch. Er rechne mit gut ein bis zwei Jahren. Zuständig für das Projekt sei das Ordnungsamt, auf Führungsebene er selbst als Leiter des Dezernats I.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

TOP 3. Kindergartenbedarfsplanung und Kindergartenbericht 2017/18 2018/116

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 2018/116 zur Vorberatung vor.

Amtsleiterin Kloos präsentiert die Kindergartenbedarfsplanung und den Kindergartenbericht 2017/2018, der dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt ist.

StRin Authaler erklärt, dass die Nachfrage nach Plätzen im U3-Bereich steige und es daher umso wichtiger werde, dass die KiTa im Hauderboschen so schnell wie möglich realisiert wird. Eine weitere große Herausforderung sei es, Personal auszubilden, neues hinzuzugewinnen und zu halten. Es sei ein attraktiver Beruf, der vielseitig sei und Spaß mache. Vielleicht sollte hierfür schon jetzt Werbung an den Schulen gemacht werden. Auch darüber hinaus benenne der Bericht einige weitere offene Baustellen und sie freue sich darauf, hierüber in der Arbeitsgruppe Kindergartenentwicklung zu diskutieren. In Ringschnait dränge die Zeit, es sei gut, dass alle Beteiligten gemeinsam an einer schnellen und passenden Lösung arbeiten. Das Angebot eines Waldkindergartens sei neu für Biberach. Die Angebotsvielfalt sei für die CDU-Fraktion immer schon wichtig gewesen. Die Fraktion sei daher mehrheitlich dafür, stelle sich aber die Frage, ob das Angebot auch für die neuen Mitbürger interessant und bezahlbar sein werde. Zudem würde sie interessieren, ob auch hier eine Mischung der Kulturen stattfinden werde, oder ob es ein Kindergarten nur für eine spezielle Klientel sein werde.

StRin Holl sieht ebenfalls ein erhebliches Defizit im U3-Bereich. Das Angebot des Waldkindergartens beurteile sie positiv, der Vertrag mit dem Verein sollte möglichst schnell abgeschlossen werden.

StRin Etzinger stimmt ihrer Vorrednerin zu, die Angebotsvielfalt sei eine gute Sache und sie wünsche dem Verein alles Gute. Sie stelle sich die Frage, ob nicht auch in Ringschnait ein solcher Waldkindergarten möglich wäre.

StRin Hölz begrüßt den Waldkindergarten ebenfalls. Auch hoffe sie auf eine schnelle Lösung für Ringschnait.

StR Schmogro teilt mit, die Ziffern 3 und 4 des Beschlussantrags nicht mittragen zu können. Er stelle sich die Frage, welche Kinder dann den Waldkindergarten besuchen werden und befürchte eine Segregation. Der Gedanke der Integration müsse auch im Waldkindergarten Berücksichtigung finden. Zudem gebe es im Ü3-Bereich ohnehin eher einen Überhang.

Ortsvorsteher Wachter teilt mit, dass Vertreter des Vereins bereits im Ortschaftsrat gewesen seien und es hierbei um sehr engagierte Eltern gehandelt habe. Er selbst sehe den Kindergarten nicht als elitäres Projekt. Auch der Ortschaftsrat sei davon begeistert gewesen.

Ortsvorsteher Boscher erklärt, dass die Geburtenrate in Ringschnait weiterhin steige. Es müsse schnell eine Lösung gefunden werden.

OB Zeidler meint, dass seit dem ersten Bericht unheimlich viel passiert sei und viel bewegt wurde. Die Idee der Waldbiber halte er für einen tollen Ansatz. Die Bedenken von StR Schmogro könnten mit dem Vertrag, der mit dem Träger geschlossen werde, minimiert werden. Hier könne in einer

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 02.07.2018

Klausel festgehalten werden, dass Plätze für Migranten zur Verfügung gestellt werden müssen.
OB Zeidler sagt zu, dieses Thema mitzunehmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.

TOP 4. Ganztagesbetreuung an der Dollinger Realschule

2018/096

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 2018/096 zur Vorberatung vor.

Amtsleiterin Kloos erklärt, dass bei der Betreuung alles beim Alten bleibe. Es habe nur bisher keine Rechtsgrundlage für das Angebot gegeben, dies werde nun mit der Vorlage nachgeholt.

StRin Jeggle, Holl und StR Hummler bezeichnen den Beschluss als rein formalen und somit unproblematischen Akt. StRin Holl möchte darüber hinaus wissen, wie sie sich das Angebot der Ganztagesbetreuung konkret vorzustellen habe und wie dieses organisiert werde.

StR Dr. Wilhelm weist auf die großen Unterschiede bei den Schulen hin und möchte wissen, ob überhaupt Entgelte für die Betreuung erhoben werden müssen und ob die Betreuung nicht auch zum Bildungsauftrag der Schule gehöre.

Amtsleiterin Kloos erklärt, dass durch die Betreuung Kosten für Externe entstünden und daher Elternbeiträge nötig seien um die Kosten zu decken. Elternbeiträge müssten zwar nicht, aber dürften erhoben werden. Für die Hausaufgabenbetreuung halte sie einen kleinen Obolus seitens der Eltern für angemessen.

Schulleiter Pfab ergänzt, dass professionelle Institutionen als externe Partner an der Ganztagesbetreuung mitwirken, unter anderem die Kindersportschule und die Jugendkunstschule. Die Organisation hierfür liege bei seiner Kollegin, Frau Klöß, der hierfür eine Deputatsstunde zur Verfügung stehe.

Frau Klöß erläutert, dass die Schüler über die Lernzeit- und Hausaufgabenbetreuung hinaus die Wahl zwischen drei Angeboten aus den Bereichen Kunst, Sport und Musik haben. Dies werde immer am Anfang des Jahres abgefragt. Ziel hierbei sei es, die verschiedensten Interessen abzudecken.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.

TOP 5. Anpassung der städtischen Förderung von Bühnenproduktionen von Vereinen und Stiftungen in der Stadthalle rückwirkend zum 01. Januar 2018 2017/216/1

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 2017/216/1 zur Vorberatung vor.

Amtsleiter Buchmann erläutert kurz die Grundzüge der Vorlage und ergänzt, dass mit allen Vereinen gesprochen wurde. Diese seien mit den Regelungen einverstanden.

StR Walter findet es gut, dass die Vereine beteiligt wurden. Die Förderung von Vereinen liege der CDU-Fraktion am Herzen.

StR Mader findet, dass es nach fünf Jahren nun auch an der Zeit sei. Er sehe zudem eine einseitige Schieflage bei den Zuschüssen. Es sei nicht gut, dass nur wenige Vereine in den Genuss der Förderung kommen.

StRin Goeth ergänzt, dass die Stadthalle auch für Amateure erschwinglich bleiben müsse.

StR Dr. Schmid teilt mit, dass sein Verein unten durchfalle und keine Fördermittel bekomme.

StR Funk möchte wissen, welche Auswirkungen die Einführung der Doppik haben werde.

Amtsleiter Buchmann antwortet, dass das "Theater ohne Namen" nur selten in der Stadthalle zu Gast sei. Der Verein falle aber nicht unten durch. Für kleinere Vereine sei die Situation insofern schwierig, als dass für die Buchung der Stadthalle ein langer Vorlauf für die Planung nötig sei.

Amtsleiterin Leonhardt teilt mit, dass sich durch die Doppik nichts ändern werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.

TOP 6.1. Bekanntgaben - Bekanntgabe eines nichtöffentlich gefassten Beschlusses des Hauptausschusses vom 16.04.2018 2018/087

Dem Hauptausschuss liegt Drucksache Nr. 2018/087 zur Kenntnisnahme vor.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

TOP 6.2. Verschiedenes - Grundstück Freiburger Str. 19

StR Funk möchte wissen, was mit dem Grundstück geplant sei und ob es in der Zwischenzeit nicht für Parkplätze genutzt werden könnte.

Baubürgermeister Kuhlmann meint, dass man sich dies anschauen müsste. Prinzipiell sollten dort Parkmöglichkeiten geschaffen werden, allerdings eher ein Parkhaus.

Hauptausschuss, 02.07.2018, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Zeidler
Stadtrat:	Goeth
Stadtrat:	Walter
Schriftführer:	Achberger
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann